

Störfall in der Bilanz

Wer zahlt für das Ende des Atomzeitalters? Deutschlands Kernkraftbetreiber haben dafür Milliarden zurückgestellt. Doch die Zweifel wachsen, ob sie den Rückbau ihrer Altlast in einigen Jahren noch stemmen können

Von Markus Balseer und Michael Bauchmüller, SZ, 5.8.13

Berlin - Es wird viele Jahre dauern, bis der kantige, weiße Riesenbau an der Elbe verschwunden ist. Meter für Meter, Tonne für Tonne werden Roboter und Spezialtruppen die strahlende Hinterlassenschaft des 2011 stillgelegten Atomkraftwerks Krümmel beseitigen. Viele Jahre wird das dauern - und viel Geld kosten. Von einer Milliarde Euro ist die Rede. Und das AKW bei Hamburg ist nur der Anfang. Derzeit stehen bundesweit acht stillgelegte Meiler vor dem Abriss. Anträge laufen schon.

Es ist eine gigantische Aufgabe, die mit dem beschleunigten Atomausstieg immer näher rückt und für die in Deutschland die Energiekonzerne aufkommen müssen. Schließlich haben sie mit den Anlagen viel Geld verdient. Doch je näher ihr Ende rückt, desto stärker wachsen die Zweifel, ob die Konzerne die Riesenlast tatsächlich stemmen können.

Denn Energiewende und beschleunigter Atomausstieg nehmen die Konzerne in die Zange. 'Wir befinden uns in der größten Branchenkrise aller Zeiten', warnt etwa RWE-Chef Peter Terium. Wegen des Booms bei grünem Strom und des damit verbundenen drastischen Strompreisverfalls schreibt der Konzern nicht nur die Atomkraftwerke ab. 30 bis 40 Prozent der RWE-Kraftwerke sieht er in den nächsten Jahren 'im roten Bereich'. **EnBW-Finanzvorstand Thomas Kusterer warnte kürzlich noch deutlicher: Wenn der Karlsruher Konzern so weitermache wie bisher, dann könnte langfristig der Bestand des Unternehmens gefährdet sein.** Auch Vattenfall und Eon forcieren ihre Sparprogramme.

Jahrzehntelang galten die großen deutschen Stromkonzerne als unerschütterlich. Doch Atomausstieg, wachsender Wettbewerb und die erneuerbare Energien-Konkurrenz setzen den Unternehmen zu - es wächst die Befürchtung, dass Betreiber ins Taumeln geraten könnten, bevor die Kernkraftwerke zurückgebaut sind und ein Endlager gefunden ist. Wer zahlt dann für die nukleare Hinterlassenschaft?

Insgesamt rund 34,4 Milliarden Euro hatten die vier deutschen AKW-Betreiber Eon, RWE, EnBW und Vattenfall zuletzt für die Stilllegung, den Rückbau und die Entsorgung atomarer Abfälle in ihren Bilanzen zurückgestellt; so will es das Handelsrecht. **Doch die Milliarden existieren erstmal nur auf dem Papier. Schlittert ein Konzern in die Pleite, wäre die Milliardenvorsorge wohl futsch, die Rückstellungen könnten in der Insolvenzmasse landen - zusammen mit allen möglichen anderen Forderungen. 'Wenn die Unternehmen falsch investieren, ist das Geld weg', sagt der Berliner Handelsrechtler Hans-Peter Schwintowski. 'Am Ende muss dann wieder der Steuerzahler ran.'**

Den Rückstellungen in der Bilanz stehen Investitionen in der Wirklichkeit gegenüber. Das können Wertpapiere sein oder Beteiligungen, aber auch schlicht andere Kraftwerke. Die Idee: In dem Moment, in dem tatsächlich Geld fließen soll für den Rückbau eines Atomkraftwerks, könnten die Betreiber die entsprechenden Rücklagen auflösen und Beteiligungen verkaufen. So ähnlich machen das auch Versicherungen, wenn sie auszahlen müssen. Nur: **Im Unterschied zu den Versicherungen, die bei ihren**

Investments gesetzlich vorgegebenen Anlagegrundsätzen folgen müssen, sind die Atomkraftbetreiber in dieser Frage vollkommen frei. 'Und in der Bilanz ist alles verdunkelt, was man nur verdunkeln kann', sagt Schwintowski.

Besorgt registrieren Experten, dass Konzerne gezielt versuchen, die Risiken loszuwerden. Der schwedische Vattenfall-Konzern etwa löste im Herbst 2012 den Beherrschungsvertrag zwischen der Konzernmutter Vattenfall AB und der Deutschland-Tochter 'Vattenfall Europe AG' auf. Seither muss der Staatskonzern in Stockholm nicht mehr mit seinem Vermögen für deutsche Atomhinterlassenschaften haften. Vorige Woche kündigte Vattenfall an, das Europa-Geschäft erneut aufzuspalten. 'Es besteht die Gefahr, dass sich Vattenfall aus der Affäre ziehen könnte', warnt etwa Hans-Jochen Luhmann vom Institut für Klima, Umwelt, Energie in Wuppertal.

Die Branche weist die Kritik zurück. 'Die Schaffung der Unternehmensgruppe hat auf die Frage des Haftungsvolumens keine Auswirkungen', heißt es etwa bei Vattenfall. Im Übrigen gebe es 'keinen Fall, in dem Rückstellungen nicht bedarfsgerecht für die Stilllegung zur Verfügung standen oder nicht künftig voraussichtlich zur Verfügung stehen werden', windet sich eine Sprecherin. Sie seien 'durch Anlage- und Umlaufvermögen abgedeckt'.

Ähnlich argumentieren die Vattenfall-Konkurrenten Eon, RWE und EnBW: Alle drei berufen sich auf die Beherrschungsverträge, die zwischen den Kernkrafttöchtern und der Muttergesellschaft bestehen. Jeweils trägt die Tochterfirma die atomrechtlichen Auflagen, die Mutterfirma aber das Gros der Rückstellungen. Einziges Problem: Solche Verträge lassen sich ändern. Ein 'entscheidender Schwachpunkt' sei das, sagt Michael Sailer, der Chef der deutschen Entsorgungskommission. 'Jede Änderung dieser Verträge müsste der Zustimmung der atomrechtlichen Behörden bedürfen. Anders bekommt man das nicht in den Griff.'

Nicht besser sieht es mit der Transparenz aus. Denn wo die Rückstellungs-Milliarden angelegt sind, weiß keiner. Schon vor drei Jahren hatte der Bundesrechnungshof sich mit dieser Frage befasst, sein Ergebnis: Selbst für die Landesfinanzverwaltungen ist das kaum zu durchschauen. Sie sind die einzigen, die genaueren Einblick in die Atom-Bilanz erhalten - haben aber nicht die nötige Expertise. Die technischen Annahmen in den Gutachten der Energiekonzerne, so fand der Rechnungshof, könnten die Finanzbehörden 'nicht beurteilen'. Eine staatliche Instanz fehle.

Mehr als 34 Milliarden Euro sollen über kurz oder lang bereitstehen, aber ein Frühwarnsystem fehlt. Experten beklagen den Fehler im System schon lang. 'Im Grunde ist über die Rückstellungen nur wenig bekannt', sagt der Bottroper Energiewissenschaftler Wolfgang Irrek, der seit Jahren zu dem Thema forscht. 'Wir wissen nicht, von welchen Kosten für Rückbau und Entsorgung die Konzerne ausgehen, wie viel für einzelne Kernkraftwerke zurückgestellt ist, und wie schnell sich die Beteiligungen versilbern lassen. Wir tapen ziemlich im Dunkeln.' Allein mit mehr Transparenz, so Irrek, sei schon viel erreicht.

Die Grünen gehen noch weiter: Sie wollen alle Rückstellungen in einen öffentlich-rechtlichen Fonds überführen, insolvenz sicher. Auch die Umweltminister der Länder beauftragten unlängst ihre Atomexperten, Vorschläge für eine Reform zu erarbeiten - samt Prüfung der Fondslösung. Für die Unternehmen keine schöne Vorstellung: Fraglich wäre etwa, was in einem Fonds mit den Zinsen geschieht, die das Anlage- und Umlaufvermögen so abwirft. Unisono erklären die Konzerne, die bisherige Regelung habe sich bestens bewährt. Kein Wunder: Solange sie die Rückstellungen nicht auflösen müssen, mindern

diese den Gewinn - und damit auch die Steuerlast. Derweil werfen die Beteiligungen über 34 Milliarden Euro Jahr für Jahr eine nette Rendite ab.

Auch das zuständige Wirtschaftsministerium will nichts ändern. 'Das Risiko einer Insolvenz der Konzerne ist abstrakt', heißt es dort, zumal die Konzerne mit ihrem gesamten Vermögen hafteten. 'Bei einer Änderungen der Sachlage müsste die Regelung natürlich neu bewertet werden.'